

Mitteilung der BIKEG vom 11.2.2025

Stadträtin für Gesundheit und Umweltschutz (SPD) unterdrückt Fragen zur Legalität und Sicherheit der Deponie Grauer Wall

Eigentlich wäre die „Einwohnerfragestunde“ im Rahmen der verschiedenen Ausschuss-Sitzungen des Magistrats ein gutes demokratisches Element der Bürgerbeteiligung und des Vertrauens zwischen Magistrat und Bevölkerung. Voraussetzung ist jedoch, dass die Einwohnerfragen ehrlich und unter Beachtung von geltendem Recht behandelt werden. Die Stadträtin für Gesundheit und Umweltschutz, Andrea Toense, beantwortet Fragen zur Sicherheit und Legalität der Deponie Grauer Wall jedoch entweder gar nicht oder mit Behauptungen, die keinem Faktencheck standhalten. Für Umwelt- und Klimafolgenschutz sowie guten demokratischen Umgang in Bremerhaven ist das kein Gewinn.

In der letzten Bau- und Umweltausschuss-Sitzung am 6.2.25 behauptete Stadträtin Toense zur Frage der Abschaffung des Deponiebeirates, "es seien im Deponiebeirat keine Rechtsverstöße festgestellt worden" und verwies auf die Sitzungsprotokolle. In dem (von ihrem Ressort verfassten) Protokoll vom 10.6.2022 kann man im Abschnitt "Ergebnisse Gruppe 3" die festgestellten Mängel bei der Einhaltung der gesetzlichen Deponieverordnung nachlesen. Da stimmt also etwas nicht in den Einschätzungen der Stadträtin. Die von der BIKEG in der Sitzung gelieferten Belege für den Verstoß des Planfeststellungsbeschlusses gegen geltendes Umweltrecht und die Verschmutzung von Grundwasser und Neuer Aue mit hochgiftigen Stoffen (z.B. Cyanid, Schwermetalle und PFAS) wurden im Protokolltext jedoch fast vollständig weggelassen. Zur Rechtfertigung führte Stadträtin Toense an, dass der Planfeststellungsbeschluss vom Oberverwaltungsgericht bestätigt worden sei. Dies lässt sich leicht durch die Lektüre des Gerichtsurteils widerlegen, denn das Oberverwaltungsgericht hatte nur die Klage wegen Staubbelastung abgewiesen, jedoch die illegale Grundwassersituation nicht untersucht. Der Magistrat müsste das wissen.

Die BIKEG meint, dieser Umgang des Bremerhavener Magistrats mit kritischen Fragen von Einwohnern ist demokratiefeindlich, autoritär und unehrlich. Berechtigte Fragen müssen wahrheitsgemäß beantwortet und nicht unter Hinweis auf eine nicht genehme "Tonlage" verunglimpft werden. Umwelt- und Verwaltungsgesetze gelten auch für den Bremerhavener Magistrat. Offenbar hat er jedoch am Schutz von Grundwasser und Bevölkerung kein Interesse. Die Bezeichnung "Klimastadt Bremerhaven" sollte abgeschafft werden, denn die Deponie befindet sich jetzt schon im Grundwasserbereich und der Meeresspiegelanstieg durch den Klimawandel wird die Situation erheblich verschlechtern. Klimafolgenschutz zur Schadensabwehr für unsere Stadt am Nationalpark Wattenmeer sieht anders aus.

Der Vorstand der BIKEG